



Martin Schöffel, MdL
Maximilianstr. 21
95632 Wunsiedel

01.04.2009

Martin Schöffel:

Bayern verbessert Förderbedingungen beim Breitbandausbau – das kommt zur rechten Zeit für Kommunen im Fichtelgebirge

Wunsiedel. „Die Städte und Gemeinden in unserer Region können bei den dringend nötigen Investitionen mit höheren Fördersätzen des Freistaates Bayern rechnen“, freut sich Abgeordneter Martin Schöffel. Bayern habe die Förderbedingungen beim Breitbandausbau in der Fläche deutlich verbessert.

Nach dem Beschluss des Ministerrats vom Dienstag, 31. März, wird der Höchstbetrag für den staatlichen Zuschuss von 50 000 Euro auf nun 100 000 Euro pro Gemeinde steigen. Zugleich wird der Fördersatz von 50 Prozent auf 70 Prozent angehoben. Außerdem wird durch die Zusammenlegung einzelner Antragsschritte künftig auch das Förderverfahren für die Kommunen erleichtert.

„Unser monatelanger Einsatz hat sich also gelohnt“, stellte Martin Schöffel fest. Der CSU-Abgeordnete hatte in den vergangenen Wochen im Wirtschaftsausschuss die nun umgesetzten Änderungen angeregt und damit verstärkt Druck auf das Wirtschaftsministerium ausgeübt, das Breitband-Förderprogramm zu verbessern. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Erwin Huber hatte den Wirtschaftsminister erst kürzlich schriftlich aufgefordert, das Breitband-Förderprogramm so zu gestalten, dass die vorhandenen Mittel von den Gemeinden auch tatsächlich abgerufen würden. Das Ziel müsse sein, bis Ende 2010 die bisher noch unversorgten Gebiete in Bayern mit schnellerem Internet zu erschließen. „Ich freue mich, dass unsere Initiativen zum Erfolg geführt haben“, bilanzierte Martin Schöffel. „Gerade für die Kommunen in unserer Region wird damit die Möglichkeiten deutlich verbessert, dass eine zukunftsfähige DSL-Versorgung finanziell geschultert werden kann.“ Schöffel bittet Wirtschaftsminister und Regierung von Oberfranken nun, die neuen

Förderbedingungen für alle laufenden Verfahren zur DSL-Versorgung in der Region anzuwenden.

In den vergangenen Monaten wurde im Fichtelgebirge immer häufiger Kritik laut, dass die bisherigen Fördermöglichkeiten zu niedrig seien, insbesondere in den Gemeinden, in denen die Bedarfsanalyse ergeben hätte, dass eine Verlegung von Glasfaserkabel erfolgen sollte.